

presse

AG Bildung und Forschung

Ein weiterer Erfolg in Sachen Bildung: Mehr EU-Gelder für «Erasmus Plus»

Martin Rabanus, zuständiger Berichterstatter:

Im Rahmen der laufenden Haushaltsverhandlungen für den EU-Haushalt 2017 ist es dem Europäischen Parlament heute gelungen, 50 Millionen Euro zusätzlich für das erfolgreiche Bildungsprogramm Erasmus+ (2014 bis 2020) zu erwirken – Gelder, die unseren Studierenden, Auszubildenden, Schülerinnen und Schülern sowie Erwachsenen, die sich weiterbilden wollen, zu Gute kommen.

„Mit dem Start von Erasmus+ im Jahr 2014 gab es, durch die Zusammenführung von sieben einzelnen auf EU-Ebene bestehenden Bildungsprogrammen, viele Neuerungen. Bereits nach zwei Jahren hat sich gezeigt, dass die Bedarfe für die einzelnen Programmbereiche von Erasmus+ viel höher waren als die tatsächliche finanzielle Ausstattung. Die SPD-Bundestagsfraktion begrüßt daher sehr, dass sich die EU-Kommission und das EU-Parlament bei der Aufstellung des Gesamthaushaltsplans für 2017 darauf geeinigt haben, Erasmus+ finanziell noch besser auszustatten.

Diese Entwicklung ist ein positives Signal. Für 2017 war im Mehrjährigen Finanzrahmen ohnehin eine Budgeterhöhung um 13 Prozent vorgesehen. Insgesamt werden für Erasmus+ nun 2,5 Milliarden Euro bereitgestellt. Das sind 300 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Diese werden nun nochmals um zusätzliche 50 Millionen Euro für 2017 aufgestockt.

Erasmus+ steht für gemeinsames, grenzüberschreitendes Lernen. Es ist ein hervorragendes Instrument, den Zusammenhalt zwischen den Nationen zu stärken und der jungen Generation neue Perspektiven und bessere

Karrieremöglichkeiten auf dem europäischen Arbeitsmarkt zu verschaffen.

Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass jeder zweite Studienabsolvent und jede zweite Studienabsolventin die Möglichkeit haben soll, studienbezogene Auslandserfahrung zu sammeln. Dies geht jedoch nur mit einer langfristig orientierten Mittelausstattung von Erasmus+ über 2020 hinaus, für die wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns bereits heute einsetzen. Ein entsprechender Antrag ist für das Frühjahr 2017 geplant.“